

Junge Menschen & Demokratie 2024

Martina Zandonella / Karoline Bohrn

Wien, Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Einleitung.....	4
1 Was denken junge Menschen über die Demokratie in Österreich? ..	5
2 Wo kommen junge Menschen mit Demokratie in Berührung?.....	10
2.1 Informationen über politische Themen.....	10
2.2 Gespräche über politische Themen	13
2.3 Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung	14
3 Junge Menschen und das Parlament.....	16
4 Wie bewerten junge Menschen die schulische politische Bildung?	19
5 Zusammenfassung	22
Literatur.....	24
Abbildungsverzeichnis	25

Daten zur Untersuchung

Thema	Junge Menschen & Demokratie 2024 <i>Zusatzbefragung zum Demokratie Monitor 2024</i>
Auftraggeber	Parlament Österreich
Autorinnen	Martina Zandonella Karoline Bohrn
Grundgesamtheit	16- bis 26-Jährige mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang	n=303 Befragte
Art der Befragung	Telefon (CATI ¹)- und Online (CAWI ²)- Interviews
Stichprobendesign	CATI: Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch und per RLD ³ -Verfahren gene- rierter Telefonnummern CAWI: Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region
Befragungszeitraum	25. Oktober bis 22. November 2024
Feldarbeit	Jaksch & Partner GmbH, Linz

¹ Computer Assisted Telephone Interviews

² Computer Assisted Web Interviews

³ Random Last Digit (zufällige letzte Ziffer)

Einleitung

Die krisenhaften Ereignisse der vergangenen Jahre trafen die jungen Menschen mitten in der Phase des Erwachsenwerdens. Auch ihr Selbstverständnis als Bürger:innen müssen sie nun unter schwieriger und ungleicher werdenden Rahmenbedingungen entwickeln. Wie sich dabei ihre Beziehung zum politischen System gestaltet, untersucht FORESIGHT für das Parlament Österreich.

Der hier vorliegende Bericht basiert auf einer Zusatzbefragung zum Demokratie Monitor 2024. Dieser untersucht seit 2018 einmal pro Jahr, was die Menschen über die Demokratie und das politische System in Österreich denken. Die Datengrundlage des Monitors ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung von rund 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich, die diesjährige Erhebung fand zwischen dem 25. Oktober und 22. November statt. Ebenfalls seit 2018 wird für das Parlament die Gruppe der 16- bis 26-Jährigen auf rund 300 Befragte aufgestockt und ein kurzer Fragebogen ergänzt.

Nun liegen die Ergebnisse der diesjährigen Zusatzbefragung vor, die sich mit folgenden Fragen befasst:

- Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?
- Wo kommen sie mit dem politischen System, der Politik und im Besonderen mit dem Parlament in Berührung?
- Wie bewerten sie ihre schulische politische Bildung?

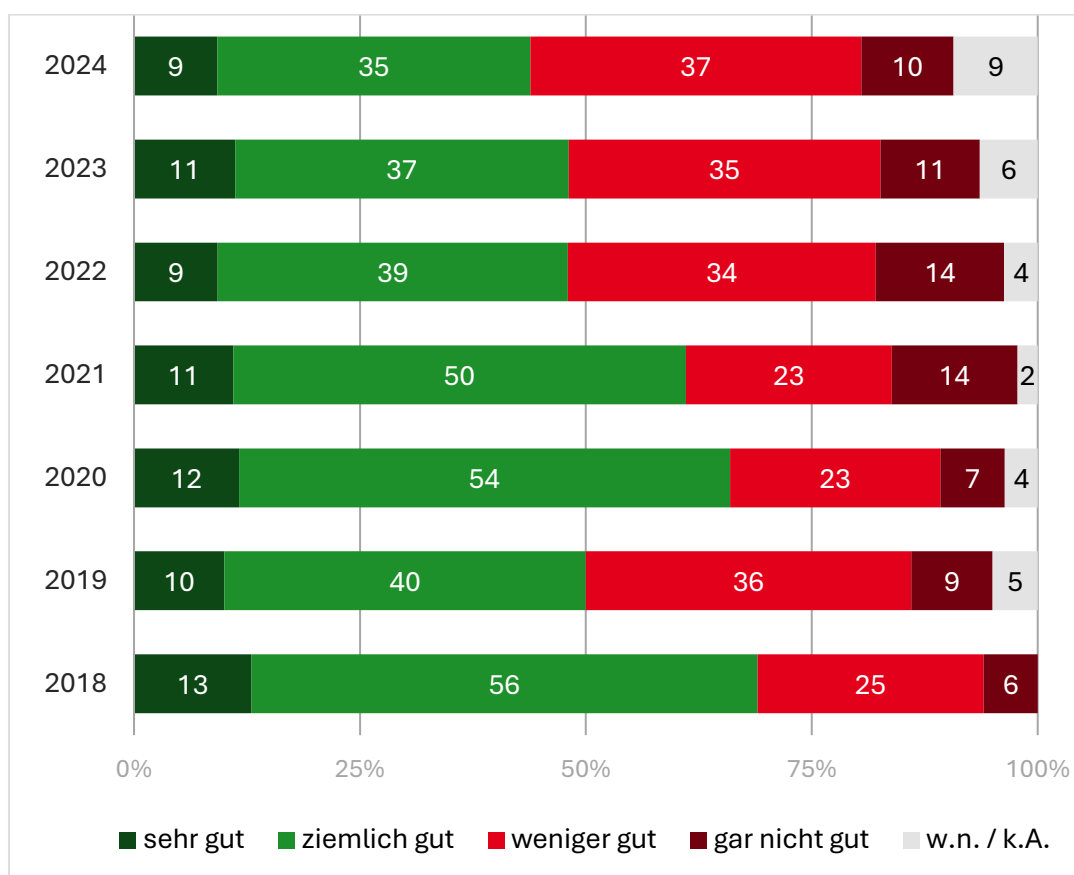
Hinweis zur Interpretation der Ergebnisse:

Bei der Interpretation von Veränderungen über die Zeit bzw. Unterschieden zwischen Gruppen sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Diese geben mit Bezug auf die Stichprobengröße und einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Als Richtwert kann bei $n=303$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 5,6\%$ herangezogen werden. Sämtliche der im Folgenden berichteten Veränderungen über die Zeit bzw. Unterschiede zwischen Gruppen wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

1 Was denken junge Menschen über die Demokratie in Österreich?

In der von vielfältigen Herausforderungen geprägten Gegenwart stehen die jungen Menschen hinter der Demokratie, blicken jedoch ernüchtert auf das politische System in Österreich. So sind über die sieben Erhebungsjahre hinweg jeweils rund 90% der 16- bis 26-Jährigen von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt. Dass das politische System in Österreich gut funktioniert, denken derzeit jedoch nur 44% – im Jahr 2018 lag dieser Wert noch bei 69%. Im Zeitverlauf sticht außerdem hervor, dass sich die Einschätzung der 16- bis 26-Jährigen nach dem ersten Einbruch 2019 (Ibiza) rasch wieder erholt hatte. Das neuerliche Absinken zwischen 2020 und 2022 (u.a. infolge der Pandemie und steigenden Inflation) hat sich demgegenüber und bis dato verfestigt (Abbildung 1).

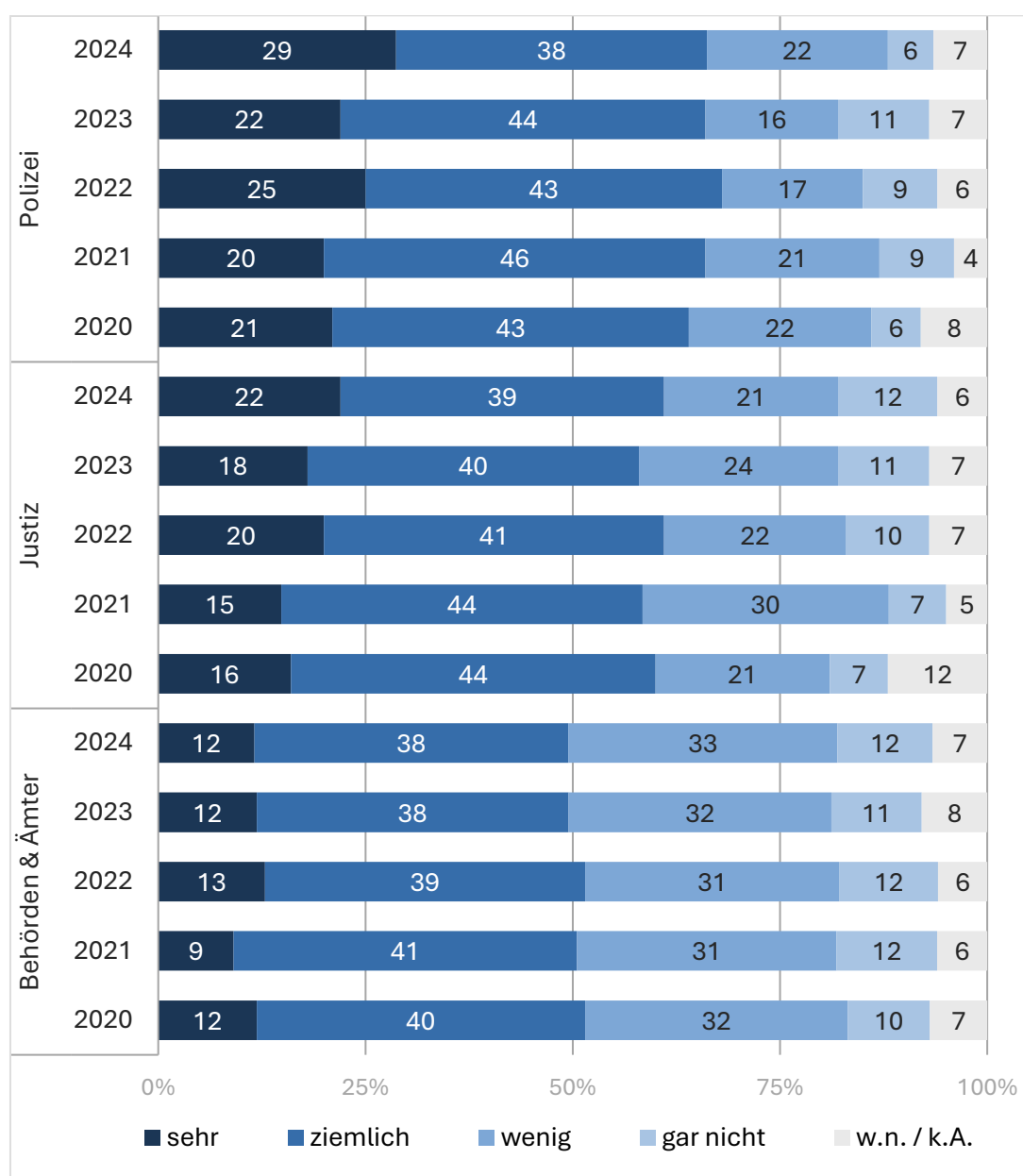
Abbildung 1: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

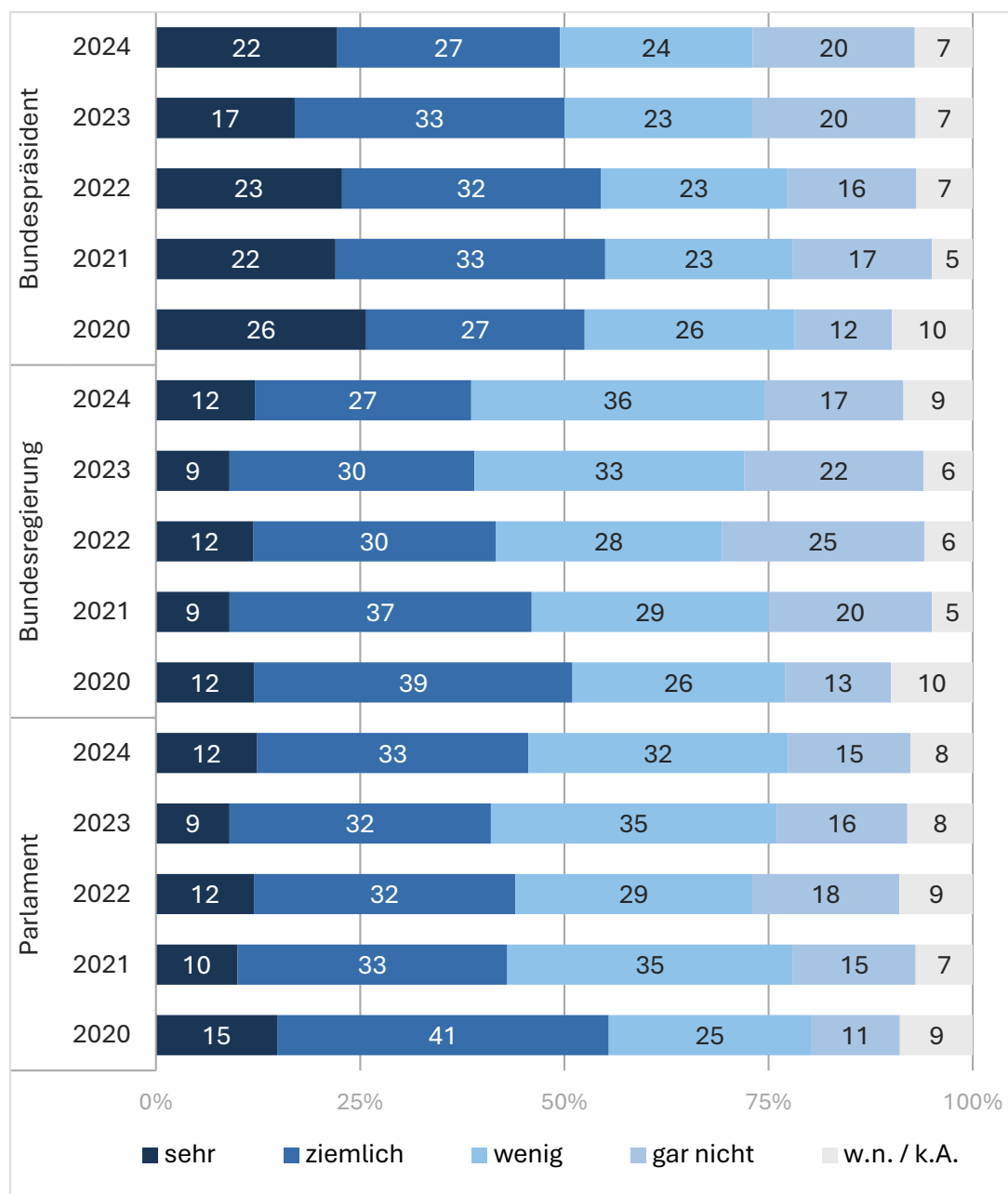
Eine Differenzierung erlaubt die Betrachtung des Vertrauens der jungen Menschen in unterschiedliche Institutionen des politischen Systems: Während sich in den vergangenen fünf Jahren das Vertrauen in die Polizei (aktuell 66%), die Justiz (61%) und die Verwaltung (50%) nicht verändert hat (Abbildung 2), ist das Vertrauen in das Parlament und die Bundesregierung – also in jene beiden Institutionen, die mit der Vertretung der politischen Anliegen der Bürger:innen befasst sind – gesunken. Dabei ist das Vertrauen in die Regierung zwischen 2020 und 2024 sukzessive von 51% auf 39% gefallen. Das Vertrauen in das Parlament ist wiederum von 2020 (56%) auf 2021 merklich gesunken und liegt seitdem relativ konstant bei rund 45% (Abbildung 3).

Abbildung 2: Vertrauen in Institutionen (Teil 1)



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

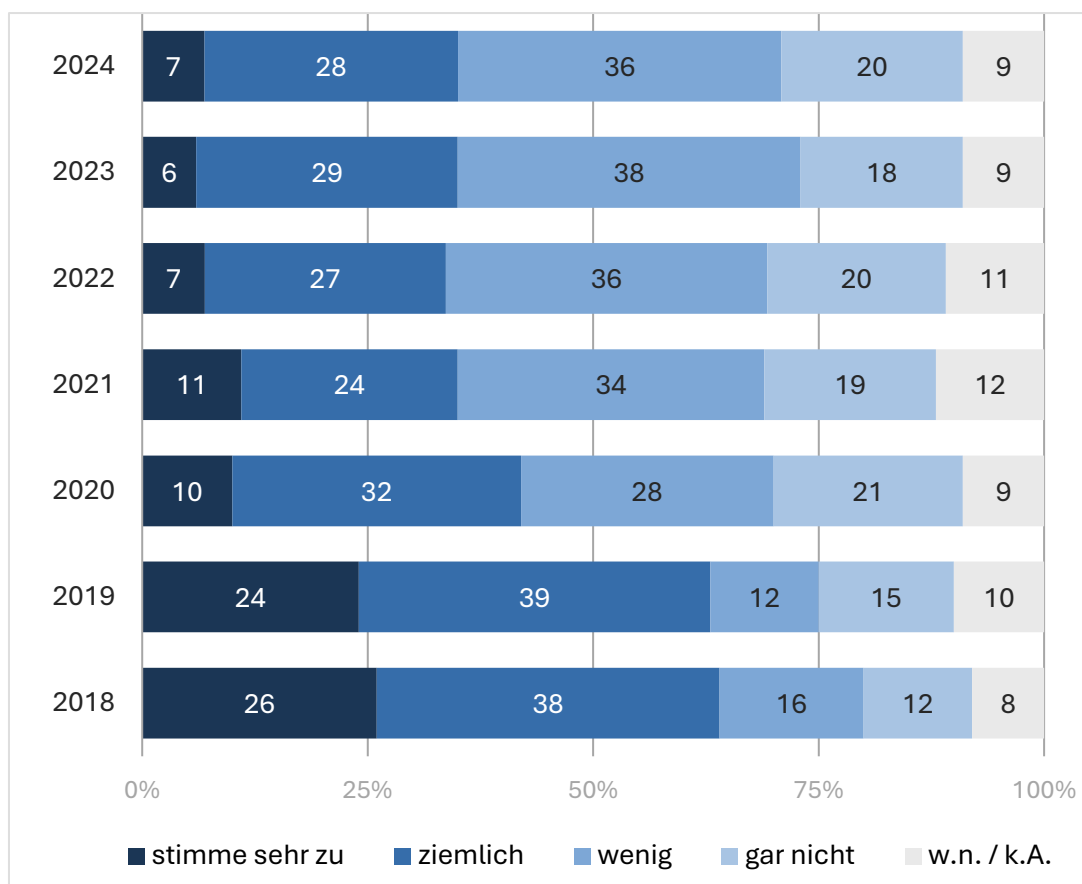
Abbildung 3: Vertrauen in Institutionen (Teil 2)



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

In Zusammenhang mit diesem Vertrauensverlust steht eine von den jungen Menschen wahrgenommene Repräsentationslücke, die im ersten Jahr der Pandemie sichtbar wurde und sich über die darauffolgenden Jahre hinweg verfestigt hat. So haben sich 2018 noch 64% der 16- bis 26-Jährigen im Parlament gut vertreten gefühlt, 2020 waren es mit 42% schon deutlich weniger und seit 2021 sind es nur mehr 35% (Abbildung 4).

Abbildung 4: Repräsentation im Parlament



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten“.

Mit Blick auf ihre deskriptive Repräsentation – also im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung – sind die jungen Menschen im gerade neu gewählten Nationalrat besser vertreten als zuvor: Sieben der 183 Abgeordneten sind jünger als 30 Jahre, im letzten Nationalrat war es nur einer (Parlament Österreich 2024). Tatsächlich kann es das Vertrauen stärken, wenn Bürger:innen „ihresgleichen“ in den Parlamenten wiederfinden. Dies garantiert jedoch noch nicht, dass auch ihre Anliegen im politischen Diskurs vorkommen (zusammenfassend: Lehmann 2022). Und an eben diesem Punkt hakt es aus Sicht der jungen Menschen: Derzeit denken nur 23%, dass bei politischen Entscheidungen auch ihre Interessen berücksichtigt werden, 2018 waren es mit 51% noch doppelt so viele.

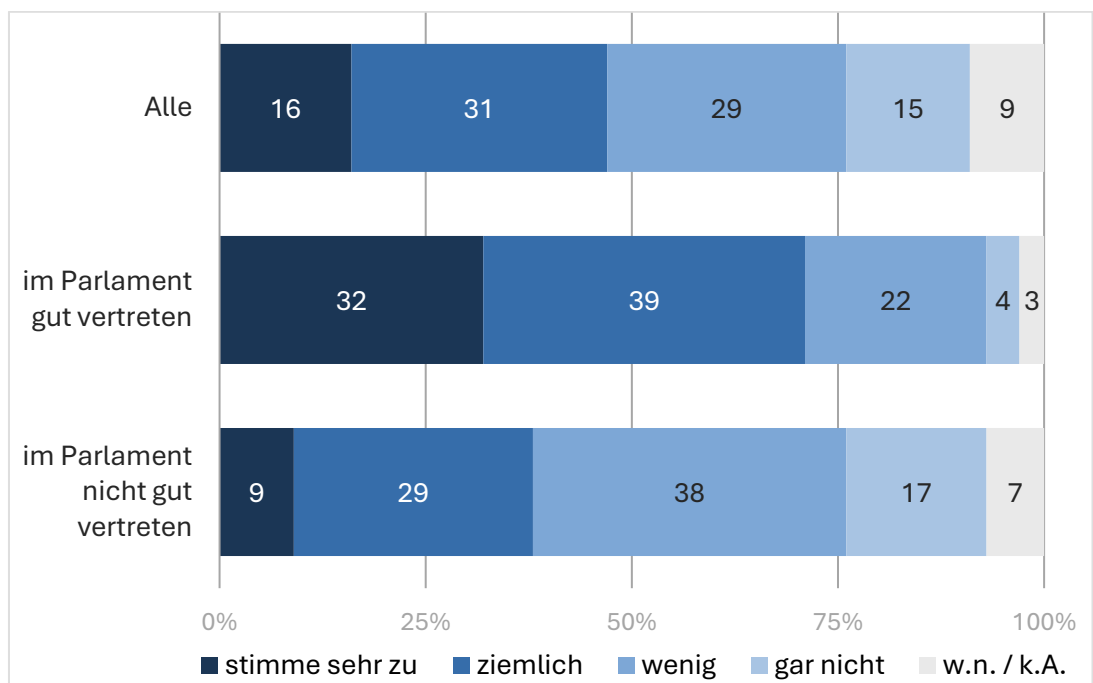
Was sind die politischen Anliegen der jungen Menschen? Diese Frage wurde offen gestellt – den Teilnehmer:innen der Befragung wurden also keine Antworten vorgegeben, denen sie zustimmen sollten. Über ihre politischen Anliegen haben die 16- bis 26-Jährigen demnach entlang ihrer eigenen

Prioritäten und in ihren eigenen Worten berichtet. Für die Auswertung wurden die Antworten inhaltlich zusammengefasst:

An erster Stelle stehen ökonomische Themen in Zusammenhang mit der Teuerung und der wirtschaftlichen Lage des Landes: die Leistbarkeit des Lebens im Allgemeinen, die hohen Wohnkosten im Besonderen und die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen bzw. vor einer Wirtschaftskrise berichten rund die Hälfte (49%) der 16- bis 26-Jährigen als ihre dringendsten politischen Anliegen. Am zweithäufigsten genannt wird der Klimawandel und die Sorge darüber, dass die Politik dieses Thema zu wenig ernst nimmt (27%). An dritter Stelle folgen Migration und Integration (18%) – dieser Themenkomplex beschäftigt die jungen Menschen auf unterschiedliche Weise und wurde unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit, dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen Sprache und dem Kampf gegen Rassismus aufgegriffen.

Der unter den jungen Menschen verbreitete Eindruck, dass ihre Anliegen in den repräsentativen Institutionen des politischen Systems wenig Gehör finden, schlägt sich auch in ihrer politischen Selbstwirksamkeit nieder: Insgesamt denkt nur rund die Hälfte (47%), mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Betrachten wir jene, die sich im Parlament gut vertreten fühlen (Abbildung 4), steigt dieser Anteil jedoch auf 71% (Abbildung 5).

Abbildung 5: Politische Selbstwirksamkeit



Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.“ Und „Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten“, für die Darstellung zusammengefasst wurden „sehr“/„ziemlich“ und „wenig“/„gar nicht“.

2 Wo kommen junge Menschen mit Demokratie in Berührung?

In diesem von zahlreichen Wahlen geprägten Jahr sind Demokratie und demokratische Entscheidungsprozesse kontinuierlicher Teil des öffentlichen Diskurses. Wo sich junge Menschen in diesem Zusammenhang informieren, mit wem sie über politische Themen sprechen und in welcher Form sie sich politisch beteiligen, berichtet dieses Kapitel.

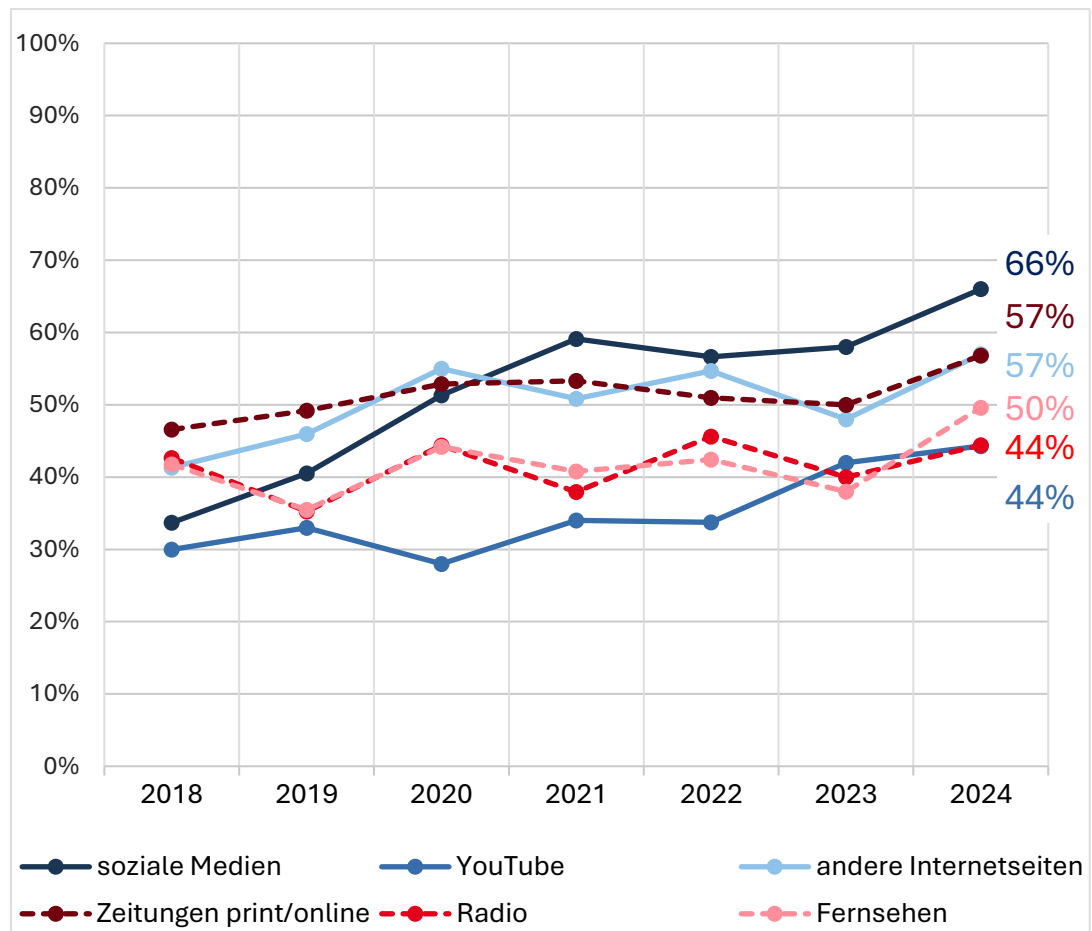
2.1 Informationen über politische Themen

Im „Superwahljahr 2024“ informieren sich die jungen Menschen häufiger als in den Jahren zuvor über politische Themen und nahezu alle von ihnen (96%) nutzen mehr als einen Informationskanal. Dass den digitalen Medien hierbei eine besondere Bedeutung zukommt, ist inzwischen bekannt (zuletzt: Albert et al. 2024, Heilmann 2024):

Anschließend an die letzten Jahre werden auch heuer wieder die sozialen Medien am häufigsten genutzt – zwei Drittel (66%) der jungen Menschen informieren sich dort zumindest einmal pro Woche über politische Themen. Dahinter folgen Tageszeitungen (Print oder online) sowie andere Internetseiten – jeweils 57% nutzen diese Quellen für politische Informationen. Auch im Fernsehen informiert sich die Hälfte (50%) der jungen Menschen zumindest einmal pro Woche über das politische Geschehen. Im Jahresvergleich haben dabei sowohl die sozialen Medien als auch Tageszeitungen, andere Internetseiten und das Fernsehen vom gesteigerten Informationsbedürfnis profitiert. Demgegenüber verblieb die Bedeutung von YouTube und dem Radio als Quellen für politische Information mit jeweils 44% auf dem Niveau des Vorjahres (Abbildung 6).

Im Zeitverlauf abgenommen hat der Anteil an jenen jungen Menschen, die sich in keinem der genannten Kanäle über politische Themen informieren: Galt dies 2018 noch für 7% der 16- bis 26-Jährigen, sind es derzeit mit 3% nur mehr halb so viele.

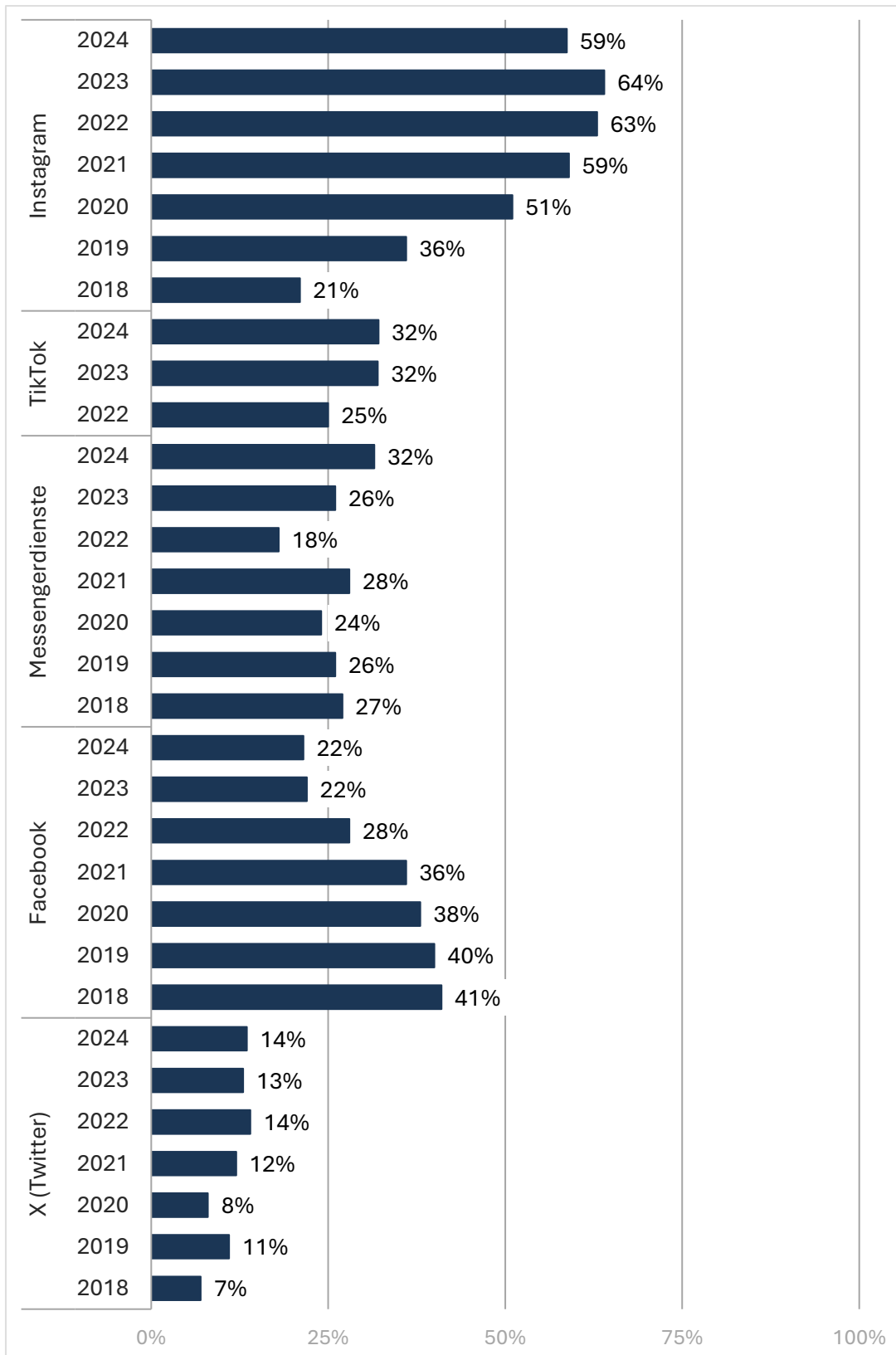
Abbildung 6: Mediennutzung (zumindest einmal pro Woche)



Frage im Wortlaut: „Informieren Sie sich nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen in ...?“, für die Darstellung zusammengefasst wurden „einmal pro Woche“, „mehrmals pro Woche“ und „täglich“.

Innerhalb der sozialen Medien sticht wiederum Instagram hervor: 59% der jungen Menschen nutzen es, um sich über Politik zu informieren, bereits deutlich dahinter folgen TikTok und Messengerdienste (jeweils 32%). Während über die Jahre hinweg vor allem Instagram, aber auch TikTok an Bedeutung gewonnen haben, hat Facebook an Relevanz verloren: 2018 haben sich noch 41% der jungen Menschen auf dieser Plattform über Politik informiert, inzwischen sind es nur mehr 22%. Nach wie vor wenig Reichweite hat X (Twitter) – nur 14% der 16- bis 26-Jährigen informieren sich dort über politische Themen (Abbildung 7).

Abbildung 7: Nutzung sozialer Medien



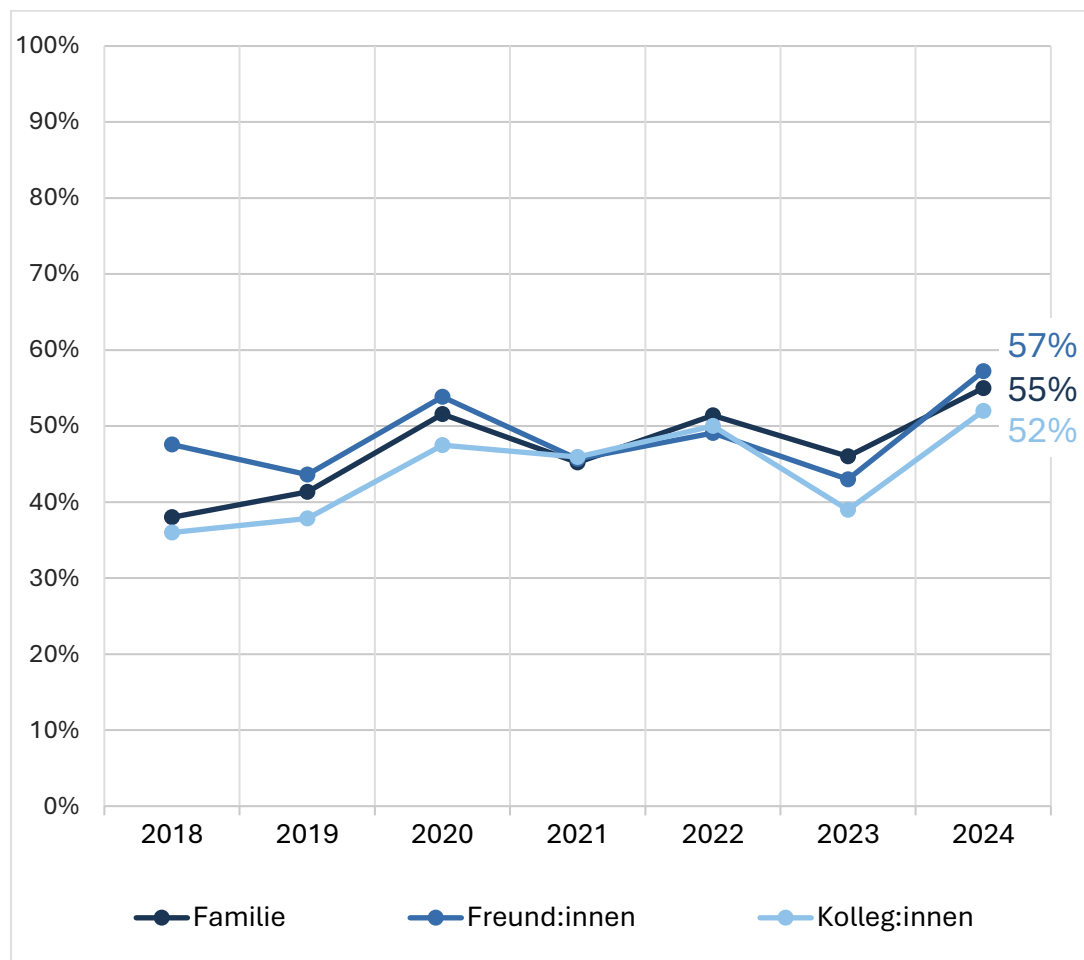
Frage im Wortlaut: „Und in welchen sozialen Medien informieren sie sich da?“ Angaben in Prozent aller Befragten, TikTok wurde erst ab 2022 erhoben.

2.2 Gespräche über politische Themen

Im Jahresvergleich informieren die jungen Menschen sich nicht nur häufiger medial über das politische Geschehen (Kapitel 2.1), es wurde auch vermehrt Thema in ihrem Alltag. So sprechen derzeit 57% der 16- bis 26-Jährigen zumindest einmal pro Woche mit ihren Freund:innen über Politik, 55% mit ihrer Familie und 52% mit ihren Kolleg:innen in Schule, Studium oder Arbeit (Abbildung 8).

Im Zeitverlauf und entlang der zahlreichen krisenhaften Ereignisse der letzten Jahre ist wiederum der Anteil jener gesunken, die weder mit der Familie noch mit Freund:innen oder Kolleg:innen über politische Themen sprechen. Galt dies 2018 noch für rund 20% der jungen Menschen, sind es derzeit 5%.

Abbildung 8: Gespräche über Politik (zumindest einmal pro Woche)



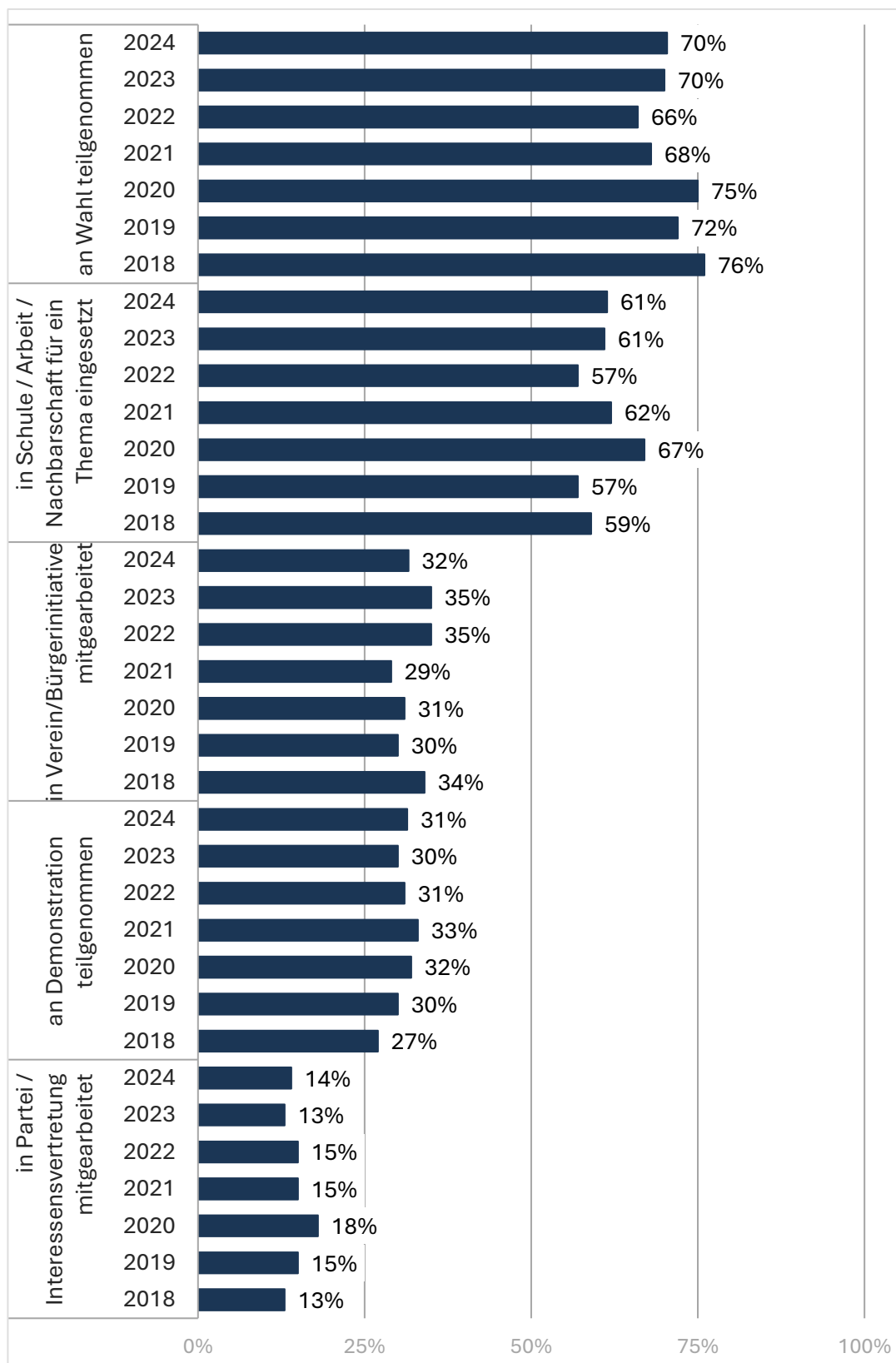
Frage im Wortlaut: „Sprechen Sie nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen mit ...?“, für die Darstellung zusammengefasst wurden „einmal pro Woche“, „mehrmals pro Woche“ und „täglich“.

2.3 Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung

Auch in diesem Jahr berichten 70% der 16- bis 26-Jährigen, dass sie in den vergangenen fünf Jahren an einer Wahl teilgenommen haben und 61% haben sich in der Schule, Arbeit oder Nachbarschaft für andere eingesetzt. In einem Verein, einer NGO oder einer Bürgerinitiative mitgearbeitet hat rund jede:r Dritte (32%), ebenso viele haben an einer Demonstration teilgenommen (31%). Mit 14% sind im Vergleich dazu weniger junge Menschen in einer politischen Partei oder Interessensvertretung aktiv. Im Zeitverlauf und insgesamt betrachtet, bleibt die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung der 16- bis 26-Jährigen damit relativ konstant (Abbildung 9).

Anschließend an den in Kapitel 1 berichteten Zusammenhang zwischen dem Vertrauensverlust in das politische System und dem verbreiteten Eindruck, die eigenen Anliegen würden im politischen Prozess kaum berücksichtigt sowie politische Beteiligung könne nichts bewirken, sticht jedoch hervor: Dort, wo diese Erfahrungen besonders stark ausgeprägt sind – bei den jungen Menschen mit geringen Ressourcen – geht dies auch mit einer geringeren Beteiligung einher. So engagieren sich die 16- bis 26-Jährigen mit geringen finanziellen Mitteln und/oder einer geringeren formalen Bildung ebenso häufig in ihrem direkten Umfeld, jedoch wesentlich seltener im genuin politischen Sinne – z.B. bei Wahlen, auf Demonstrationen oder in einer Partei bzw. Interessensvertretung. Dieser Befund deckt sich mit rezenten Studien, die zeigen, dass insbesondere (junge) Menschen aus dem unteren Einkommensdrittel seltener partizipieren, weil ihnen positive Erfahrungen mit politisch wirksamer Beteiligung fehlen (für Österreich: Zandonella 2024 & 2022, Ehs & Zandonella 2021).

Abbildung 9: Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung



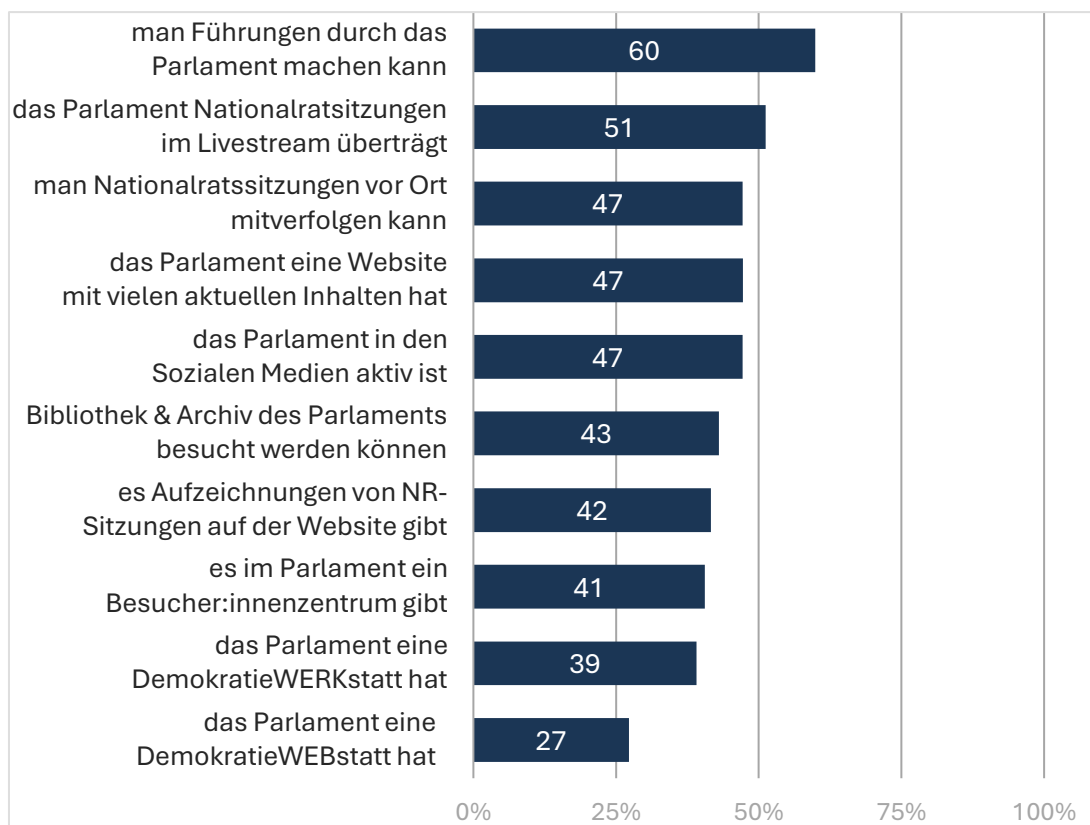
Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den vergangenen fünf Jahren...?“

3 Junge Menschen und das Parlament

Das Parlament ist das Herzstück repräsentativer Demokratien. Es ist jener Ort, an dem Gesetze und damit die Regeln für unser Zusammenleben diskutiert und beschlossen werden – von den Parlamentarier:innen stellvertretend für die Bürger:innen, von denen sie gewählt werden. Das Parlament kontrolliert außerdem die Arbeit der Regierung und es ist ein offenes Haus mit vielfältigem Angebot, um über Demokratie zu lernen und demokratische Prozesse auszuprobieren. Kennen die 16- bis 26-Jährigen diese Angebote und haben sie sie bereits genutzt?

Am bekanntesten sind die Parlamentsführungen (60% kennen diese), jeweils rund die Hälfte der jungen Menschen weiß außerdem, dass Nationalratssitzungen vor Ort sowie im Livestream mitverfolgt werden können und kennt die Website sowie Social Media Kanäle des Parlaments. Jeweils rund 40% haben bereits davon gehört, dass Bibliothek und Archiv besucht werden können, dass die Aufzeichnungen von Nationalratssitzungen nachgesehen werden können und dass es ein Besucher:innenzentrum gibt. Ebenfalls 40% kennen die DemokratieWERKstatt, die DemokratieWEBstatt ist mit 27% etwas weniger bekannt (Abbildung 10).

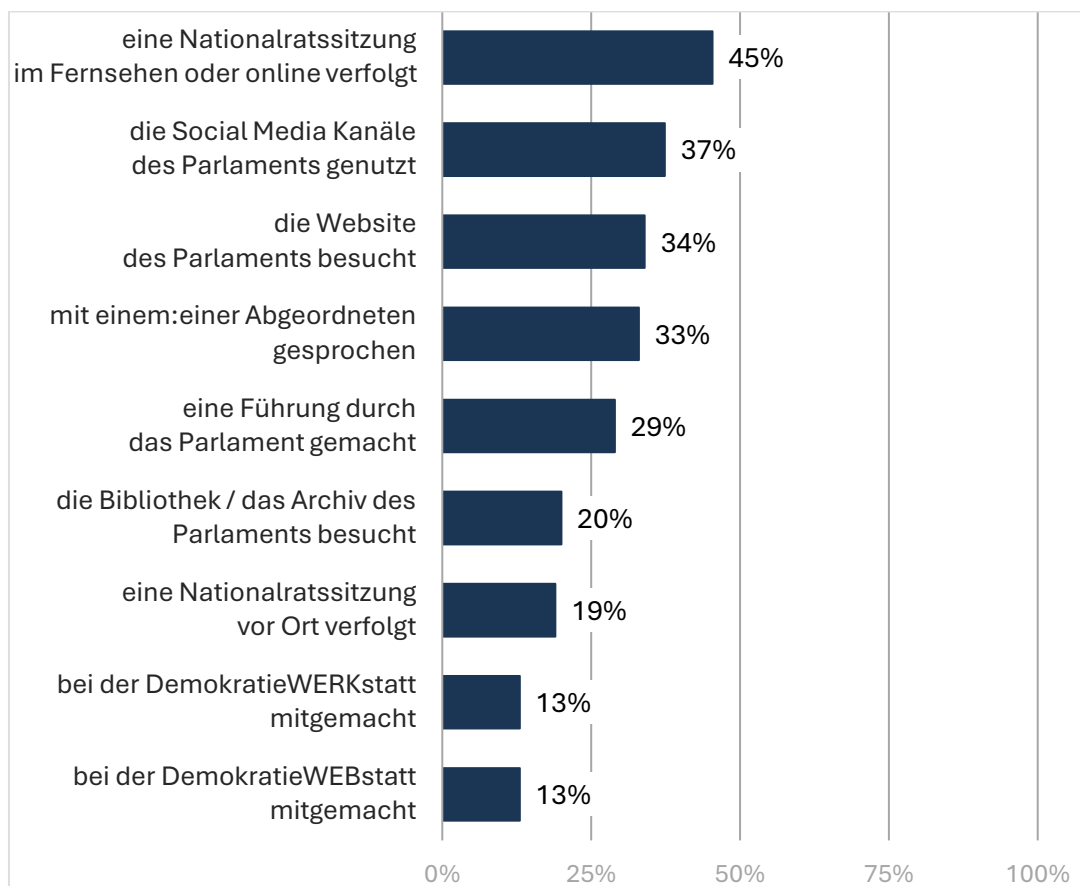
Abbildung 10: Bekanntheit der Angebote des Parlaments



Frage im Wortlaut: „Wussten Sie, dass...?“

Zumindest einmal Kontakt mit dem Parlament hatten bislang rund vier Fünftel (78%) der jungen Menschen. Dabei haben 45% schon einmal eine Nationalratssitzung im Fernsehen oder online verfolgt und 19% haben eine solche Sitzung bereits vor Ort erlebt. Die Social Media Kanäle des Parlaments haben 37% der 16- bis 26-Jährigen genutzt, 34% haben die Website besucht. Ein Drittel (33%) hatte außerdem schon einmal Gelegenheit, mit einem:einer Nationalratsabgeordneten zu sprechen und 29% haben eine Parlamentsführung mitgemacht. An der DemokratieWERK- oder DemokratieWEBstatt teilgenommen haben jeweils 13% (Abbildung 11).

Abbildung 11: Kontakt mit dem Parlament

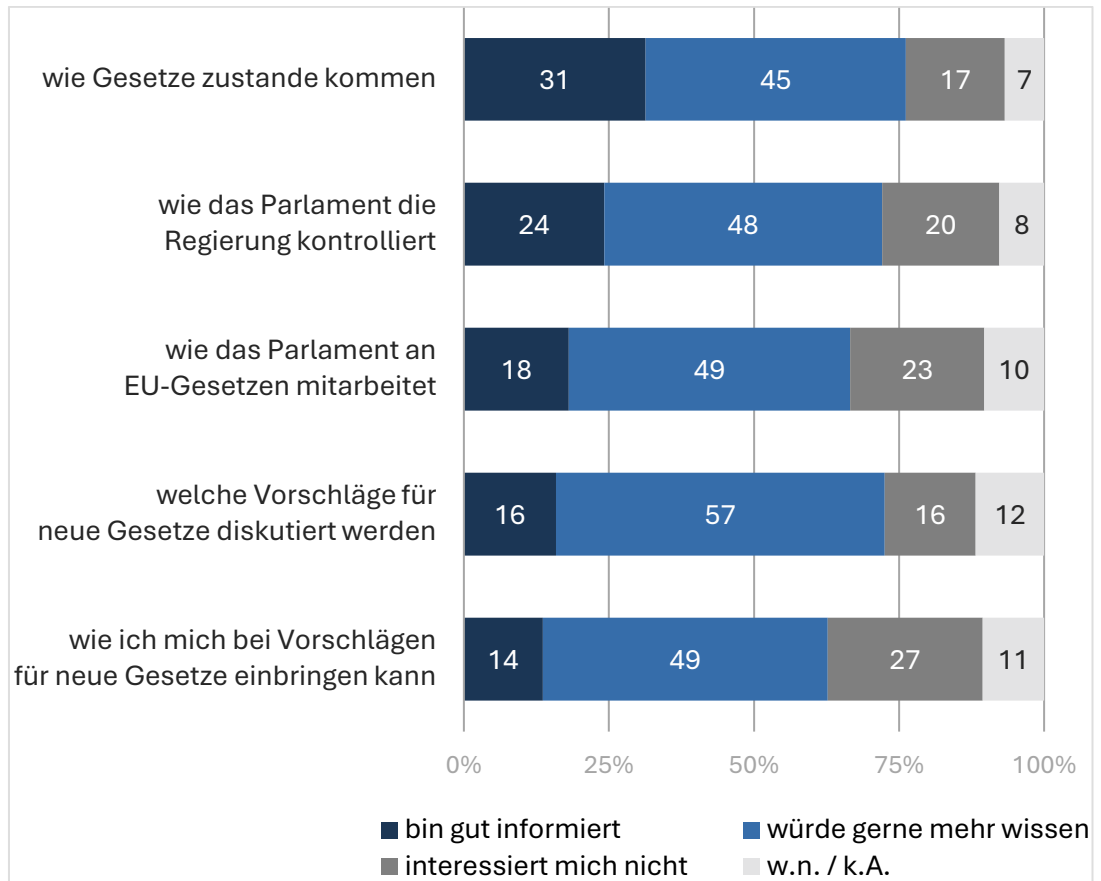


Frage im Wortlaut: „Und haben Sie noch nie, schon einmal oder mehrmals...?“, für die Darstellung zusammengefasst wurden „einmal“ und „mehrmals“.

In Hinblick auf die Arbeit des Parlaments äußern die jungen Menschen ein hohes Bedürfnis an Information: 57% von ihnen möchten gerne mehr darüber wissen, welche Vorschläge für neue Gesetze gerade diskutiert werden. Jeweils rund die Hälfte wünscht sich mehr Information über die Mitarbeit des Parlaments bei EU-Gesetzen und dazu, wie das Parlament die Regierung kontrolliert. Ebenfalls rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen würde gerne mehr

darüber wissen, wie sie sich bei Vorschlägen für neue Gesetze einbringen kann und 45% hätten gerne ganz allgemein mehr Information dazu, wie Gesetze zustande kommen (Abbildung 12).

Abbildung 12: Wissen über die Arbeit des Parlaments



Frage im Wortlaut: „Bleiben wir noch kurz beim Parlament: Fühlen Sie sich über folgende Dinge gut informiert, würden Sie gerne mehr dazu wissen oder interessiert Sie das nicht besonders?“

4 Wie bewerten junge Menschen die schulische politische Bildung?

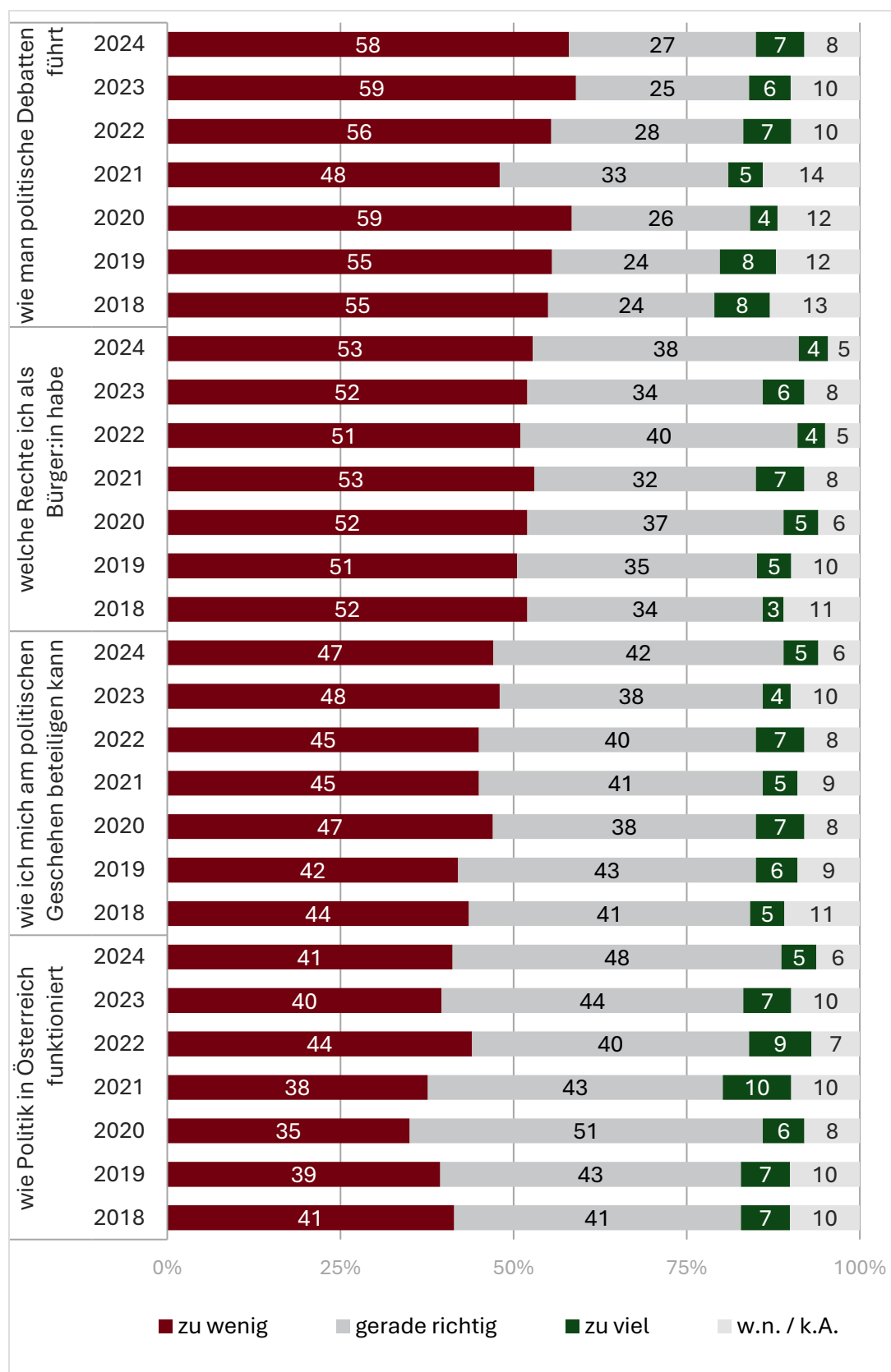
In der demokratischen Sozialisation junger Menschen kommt der schulischen politischen Bildung eine zentrale Rolle zu. Sie vermittelt nicht nur Wissen und Kompetenzen in Zusammenhang mit Demokratie, sondern schafft auch Raum für Beteiligungserfahrungen. Demokratische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse können so nicht nur erlernt, sondern auch erlebt werden.

Wie geht es den 16- bis 26-Jährigen mit ihrer schulischen politischen Bildung? Diese Frage begleitet uns seit der ersten Zusatzbefragung im Jahr 2018 und auch heuer wurden wieder ausgewählte Aspekte der politischen Bildung in den Fragebogen integriert. Diese umfassen zum einen Sachkompetenz und damit das Verständnis, die Anwendung sowie die kritische Betrachtung politischer Strukturen und Prozesse. Zum anderen Handlungskompetenz, also die Fähigkeit, politische Positionen zu verstehen und an der Lösung gesellschaftlicher Probleme mitzuwirken (Krammer 2008).

Die jungen Menschen sehen nach wie vor beträchtlichen Handlungsbedarf in beiden Bereichen. In Zusammenhang mit Sachkompetenz berichten 58%, dass sie in der Schule zu wenig darüber gelernt hätten, wie man politische Diskussionen führt. Jeweils rund die Hälfte hat außerdem zu wenig über ihre Rechte (53%) und über politische Beteiligungsmöglichkeiten (47%) erfahren. 41% der 16- bis 26-Jährigen berichten, auch zu wenig über die Funktionsweise des politischen Systems in Österreich gelernt zu haben (Abbildung 13).

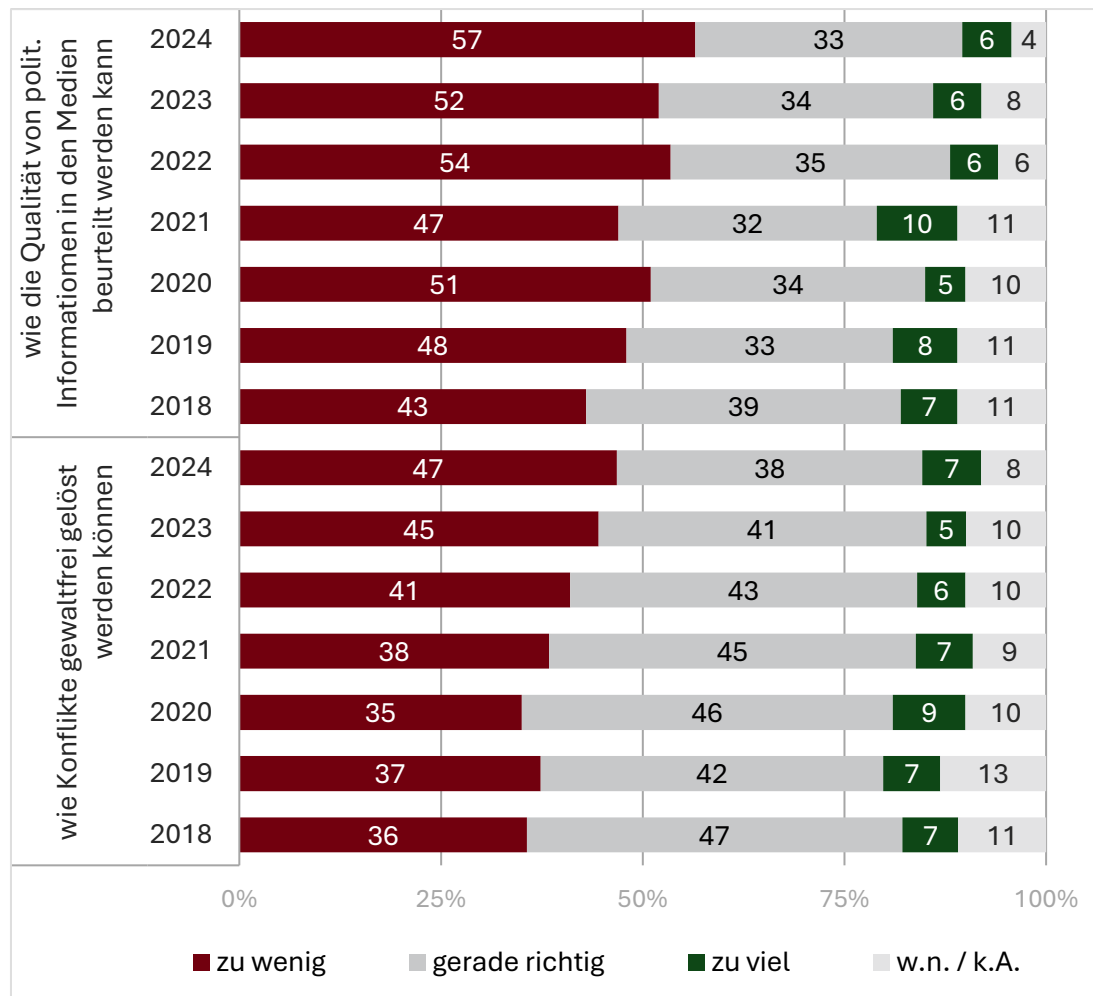
In Hinblick auf Handlungskompetenz berichten wiederum 57% der jungen Menschen, in der Schule zu wenig darüber gelernt zu haben, wie die Qualität von politischen Informationen in den Medien geprüft werden kann. Gerade diese Kompetenz ist für die jungen Menschen zentral, denn jene Quellen, aus denen sie politische Informationen beziehen, beinhalten häufig keine journalistische Prüfung oder Einordnung (Kapitel 2.1). Sowohl für diese Medienkompetenz als auch für die gewaltfreie Konfliktlösung ist schließlich festzuhalten, dass das Bedürfnis nach „mehr“ über die Jahre hinweg zugenommen hat (Abbildung 14).

Abbildung 13: Sachkompetenz



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

Abbildung 14: Handlungskompetenz



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

5 Zusammenfassung

Die seit 2018 im Rahmen des Demokratie Monitors durchgeführte Zusatzbefragung für das Parlament berichtet auch 2024 wieder, was junge Menschen über das politische System in Österreich denken und wo sie mit Demokratie in Berührung kommen. Die diesjährige Erhebung fand zwischen dem 25. Oktober und 22. November statt, 303 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren wurden telefonisch und online befragt.

Der Blick der jungen Menschen auf das politische System fällt ernüchternd aus: Waren 2018 noch 69% davon überzeugt, dass dieses gut funktioniert, sind es inzwischen nur mehr 44%. Im selben Zeitraum ebenfalls gesunken ist das Vertrauen in das Parlament.

Mit diesem Vertrauensverlust in Zusammenhang steht eine Repräsentationslücke, die 2020 zum ersten Mal sichtbar wurde und sich seitdem verfestigt hat. So haben sich im Vor-Krisen-Jahr 2018 noch rund zwei Drittel der jungen Menschen im Parlament gut vertreten gefühlt, inzwischen ist es nur mehr ein Drittel. Ebenso dachte 2018 noch rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen, dass ihre Anliegen bei politischen Entscheidungen mitberücksichtigt werden, aktuell gilt dies für nur mehr ein Viertel. Diese Entwicklungen haben auch an der politischen Selbstwirksamkeit der jungen Menschen Spuren hinterlassen: Inzwischen ist nur noch die Hälfte von ihnen davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können.

In diesem von zahlreichen Wahlen geprägten Jahr 2024 ist die Demokratie nicht nur laufend Teil des öffentlichen Diskurses. Die jungen Menschen informieren sich auch häufiger als in den Jahren zuvor über Politik. In Hinblick auf ihre Mediennutzung verfestigt sich dabei der seit einiger Zeit zu beobachtende Trend: Erste Anlaufstelle für den Bezug von politischen Informationen sind die Sozialen Medien, gefolgt von Tageszeitungen im Print- oder Online-Format und von anderen Internetseiten.

Mit dem Parlament als Herzstück jeder repräsentativen Demokratie hatten bislang rund vier Fünftel der 16- bis 26-Jährigen zumindest einmal Kontakt. Allen voran haben sie dabei Übertragungen von Nationalratssitzungen mitverfolgt oder die zur Verfügung stehenden digitalen Inhalte und Kanäle genutzt. In Bezug auf die Arbeit des Parlaments ist das Informationsbedürfnis groß: Rund die Hälfte der jungen Menschen möchte gerne mehr über den Gesetzgebungsprozess, über aktuelle Gesetzesvorschläge und darüber, wie sie sich bei diesen einbringen können, wissen.

Dazu passend kommt für die jungen Menschen auch die politische Bildung in den Schulen zu kurz. Aus ihrer Sicht haben sie allen voran zu wenig darüber gelernt, wie man politische Debatten führt und wie die Qualität von politischen Informationen in den Medien beurteilt werden kann. Beide Kompetenzen sind jedoch von zentraler Bedeutung in einer Gesellschaft, die das miteinander diskutieren zunehmend aufgibt und in einer jungen Generation, die politische Informationen vielfach aus Quellen ohne journalistische Aufbereitung bezieht.

Literatur

Albert, Mathias / Quenzel, Gudrun / de Moll, Frederick / Leven, Ingo / McDonnell, Sophia / Rysina, Anna / Schneekloth, Ulrich / Wolfert, Sabine (2024): Jugend 2024: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, 19. Shell Jugendstudie. Weinheim: Beltz.

Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 47(1), 63-101.

Heilmann, Lisanne (2024): Politisches Lernen auf TikTok, Aushandlung von Diversität in digitalen Räumen. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 74(2), 43-54.

Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 29.

Lehmann, Pola (2022): Politische Repräsentation. Zentrales Prinzip moderner Demokratien und viel diskutierter Begriff. In: Anders, Lisa / Riese, Dorothee (Hrsg.innen): Politische Akteure und Institutionen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Parlament Österreich (2024): Altersstruktur im Nationalrat am 11.11.2024. <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/alter/NR/XXVIII/20241111> (letzter Zugriff 26.11.2024)

Zandonella, Martina (2022). Demokratie Monitor 2022. Wien: SORA.

Zandonella, Martina (2024). AK Jugendmonitor 2024. Untersuchung der Lebenslagen junger Menschen in Österreich mit den Schwerpunkten Teuerung und Mitbestimmung. Wien: Arbeiterkammer.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems	5
Abbildung 2: Vertrauen in Institutionen (Teil 1)	6
Abbildung 3: Vertrauen in Institutionen (Teil 2)	7
Abbildung 4: Repräsentation im Parlament	8
Abbildung 5: Politische Selbstwirksamkeit	9
Abbildung 6: Mediennutzung (zumindest einmal pro Woche)	11
Abbildung 7: Nutzung sozialer Medien	12
Abbildung 8: Gespräche über Politik (zumindest einmal pro Woche)	13
Abbildung 9: Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung	15
Abbildung 10: Bekanntheit der Angebote des Parlaments	16
Abbildung 11: Kontakt mit dem Parlament	17
Abbildung 12: Wissen über die Arbeit des Parlaments	18
Abbildung 13: Sachkompetenz	20
Abbildung 14: Handlungskompetenz	21